

50 Prozent mehr Miete für Rentner

Fast 1300 statt 850 Franken kostet neu eine subventionierte Wohnung in der Siedlung Rebwies in Zollikon. Die Erhöhung kommt auch auf andere bedürftige Mieter zu.

TA 2017-11-18

Ruedi Baumann

Für Maria Meier (Name geändert) war die Nachricht, die sie aus dem Briefkasten fischte, ein Schock. Die Rentnerin wohnt in der Rebwies in Zollikon, einer von 34 Siedlungen der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW). Sie bezahlt heute für eine 46 Quadratmeter grosse Eineinhalbzimmerwohnung netto 710 Franken. Künftig muss sie - so steht es im Schreiben an alle Mieterinnen und Mieter - 400 bis 500 Franken pro Monat mehr bezahlen. Maria Meier hat bloss eine minimale Pension und eine reduzierte AHV, da sie lange im Ausland lebte und arbeitete. Am nächsten Donnerstag werden die Bewohnerinnen und Bewohner der 37 Wohnungen von Kaderleuten der SAW informiert. Grund für die Erhöhung um über 50 Prozent ist ein Wegfall der Bundeszuschüsse.

Tausende von Mietern betroffen

Die gleiche Hiobsbotschaft wie die Rebwies-Bewohnerinnen haben in den vergangenen Jahren schon andere Mieter von subventionierten Wohnungen erhalten. Rund 1400 Wohnungen allein in der Stadt Zürich werden bis 2026 folgen. Dieses Erdbeben, das fast ausschliesslich Rentner und Behinderte trifft, zeichnet sich allerdings seit 25 Jahren ab. Im alten Bundesgesetz über Wohnbau und Eigentumsförderung ist nämlich eine Zusatzverbilligung für AHV- und IV-Bezüger mit beschränktem Einkommen und Vermögen vorgesehen. Und diese Verbilligung war von Anfang an auf 25 Jahre beschränkt. Die Mietzuschüsse wurden 2001 eingestellt, betref-



Der Wegfall der Subventionen trifft vor allem Rentner. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

fen sind deshalb nur Mieter von älteren Wohnungen.

Die Siedlung Rebwies wurde 1993 vom bekannten Atelier WW Architekten gebaut. Sie liegt am Stadtrand von Zürich an ruhiger und sonniger Lage - und profitierte damals von der Wohnbauförderung des Bundes. Ende 2018 sind diese 25 Jahre - und damit die Subventionen - vorbei. Maria Meier arbeitet schon heute als Pensionierte in Gelegenheitsjobs weiter, um über die Runden zu kommen. Im Juli 2018 soll ihre Miete um eine erste Tranche, ein Jahr später um eine zweite erhöht werden. Wie es mit ihr weitergeht, zeichnet sich schon

heute ab: An der Informationsveranstaltung vom nächsten Donnerstag wird auch der Vizedirektor des Amtes für Zusatzleistungen anwesend sein.

Zusatzleistungen als Alternative

Isabel Baumberger, Kommunikationsbeauftragte der Stiftung SAW, bestätigt die bevorstehenden Mieterhöhungen. «Wir wissen, dass die Erhöhungen happig sind», sagt sie. Dass es mit den Zuschüssen 2018 vorbei sein werde, habe man bei allen Mietabschlüssen kommuniziert. Die Stiftung könne allen Mieterinnen und Mietern versichern, dass wegen der Aufschläge niemand seine Wohnung verlas-

sen müsse. Die Wohnungen der Stiftung seien auch nach dem Wegfall der Bundessubventionen noch günstig.

Beim städtischen Amt für Zusatzleistungen weiss man, dass Mehrkosten anstehen. Direktor Ernst Reimann will Betroffene aktiv informieren. «In aller Regel», so sagt er, «werden die Mieterhöhungen durch Zusatzleistungen vollumfänglich kompensiert.» Kommt das Amt für Zusatzleistungen für die Mieterhöhung auf, wird dieser Betrag aufgeteilt zwischen Gemeinde, Kanton und Bund. Letzterer übernimmt 63 Prozent, den Rest teilen sich die Gemeinden und der Kanton. 37 Prozent werden also vom Bund auf Kanton und Gemeinde abgewälzt. 46 Millionen Franken Mietzuschüsse habe der Bund 2016 landesweit ausgerichtet, sagt Ernst Hauri, Direktor des Bundesamts für Wohnungswesen, Tendenz stark sinkend. Ein Alternativprogramm gibt es nicht.

Betroffen von den auslaufenden Bundesgeldern ist auch die Stadtzürcher Liegenschaftenverwaltung. Viele der betroffenen 1400 Liegenschaften gehören der Stadt, Genossenschaften oder Stiftungen. Vor einem Jahr war die Siedlung Tiefenbrunnen betroffen mit Mietzinserhöhungen bis zu 90 Prozent. Von 2019 bis 2022 seien weitere 123 Wohnungen an der Reihe, sagt Kuno Gurtner, Sprecher der städtischen Liegenschaftenverwaltung. «Unser Sozialdienst hilft, wenn das Einkommen für die neue Miete nicht reicht», sagen sowohl Gurtner als auch Baumberger von der SAW. Man unterstütze die Mieterinnen und Mieter dabei, allfällige Zusatzleistungen einzufordern.